

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

## TOP 48 – Aktuelle Situation der schweinehaltenden Betriebe in SH in Folge von Corona und Afrikanischer Schweinepest

Dazu sagt der agrarpolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

**Bernd Voß:**

### **Landtagsfraktion Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh-gruene-fraktion.de

**Nr. 343.20 / 28.10.2020**

## Afrikanische Schweinepest:

### **Unsere Vorbereitung hilft**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die derzeitige Krise in den Schweineställen und auf dem Schweinemarkt kann man als Folge einer Verkettung unglücklicher Umstände begreifen. Einer, so schreibt es das Bauernblatt vom 17. Oktober, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten, „unseligen Verkettung der Folgen der Corona-Krise mit dem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland, wodurch der Auslandsabsatz weggebrochen ist. Der Rückstand in den Schlachtungen hat mit der Schließung von Schlachthöfen wegen Corona-Erkrankungen begonnen und sich weiter aufgebaut, weil durch die Corona-Auflagen die Verarbeitungskapazitäten der Betriebe verringert wurden.“

Man kann die Situation aber auch, und das möchte ich hier einmal tun, als Folge struktureller Probleme begreifen, die durch Corona und Afrikanische Schweinepest verschärft sichtbar werden. Es war kein Zufall, dass das Virus in der Fleischbranche derart zuge schlagen hat. Es hat dazu geführt, die lang bekannten Missstände bei Arbeitsbedingungen und Unterbringung von Leiharbeiter\*innen endlich mit der erforderlichen Dringlichkeit behandelt und Konsequenzen gezogen wurden.

Diese Situation, die unter anderem die Betriebe jetzt ausbaden müssen, haben sich die großen Oligopolisten der Schlachtbranche auch ein Stück weit selbst zuzuschreiben. Einige Zeit liefen die Bänder etwas langsamer. Einige Betriebe waren kurzzeitig ganz geschlossen. Das hat gereicht, um das System an den Rand des Zusammenbruchs zu führen. Jetzt wird aber wieder mit Hochdruck geschlachtet und es wird über Wochenendarbeit und Arbeitszeitflexibilisierung geredet. Die Krise wird an dieser Stelle auch auf dem Rücken der ohnehin gebeutelten Beschäftigten im Niedriglohnbereich ausgetragen.

Es wird jetzt beklagt, dass wir zu wenig Schlachtkapazitäten im Land und zu wenig Vielfalt

an Betrieben und Unternehmen bei den Schlachtbetrieben haben. Wir brauchen eine neue Schlachthofstruktur. Auch ich unterstütze den Aufbau regionaler Schlacht- und Verarbeitungskapazitäten, das war und ist die Position der Grünen. Das ist eine Grundlage für funktionierende Märkte und stabile, funktionierende Erzeugungsketten.

Wir werden, wenn wir diese Verwerfungen verhindern wollen, zu Regeln einer allgemeinverbindlichen Anpassung der Erzeugung an die Märkte kommen müssen, statt den Schweinezyklus unreflektiert abzufeiern. Das hat hoffentlich auch Bundesministerin Klöckner so gemeint, als sie vorrausschauendes Handeln von Bäuer\*innen gefordert hat. Die Grundlagen, dafür, dass die Gestaltung der Märkte möglich wird, muss sie endlich auch vorrausschauend legen, statt zu blockieren.

Wir müssen Tierleid verhindern und die Existenz von Familienbetrieben in dieser sehr problematischen Situation sichern. Eine just-in-time Produktionskette dürfte es da eigentlich nicht geben. Es müssten Puffer vorhanden sein, weil Schweine nicht in einer Halle gestapelt werden können, bis der Stau behoben ist. Wir müssen aber auch die strukturellen Probleme deutlicher ansprechen. Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Wir müssen jetzt Krisenmanagement betreiben, es müssen Lösungen her für die Betriebe, das ist klar. Ich danke dem Minister und den Mitarbeiter\*innen, dass sie sich mit Hochdruck dafür einsetzen.

Die Landesregierung bereitet sich wie andere seit Jahren vorrausschauend auf den hoffentlich nicht nahe kommenden Fall eines Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest und besonders der Verhinderung dieses Falles vor. Es macht schon betroffen, wenn dann bei dem ersten Fall Videos in Umlauf gebracht werden, die an dieser Stelle so etwas wie ein Staatsversagen suggerieren möchten.

Danke an die vielen Mitarbeiter\*innen der Verwaltung, die seit Jahren an der Vorbereitung dieses Krisenfalls beteiligt sind.

\*\*\*